

Grünzeug

Infoblatt der Coesfelder Grünen

WIDERSTAND IN AHAUS

Seit zwei Jahrzehnten wehren sich die Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" und andere Gruppen aus unserer Region gegen dieses "Zwischen"lager, das in Wirklichkeit gar kein "Zwischen"lager ist: Denn die Lagerung von Brennelementen ist für 40 Jahre genehmigt. Die Betreiber haben schon jetzt für den Zeitpunkt danach den Antrag auf eine Verlängerung angekündigt. Kein Wunder. Gibt es doch weltweit kein Endlager für hochradioaktiven Müll und es steht auch nicht zu erwarten, daß es ein solches jemals geben wird.

Während andere Organisationen und auch die Medien sich an dem Mythos Gorleben hochziehen und alle Aktivitäten auf die Bekämpfung der Castor-Transportes nach Gorleben lenken, sind sie blind dafür, daß an anderer Stelle das befürchtete Atomlager längst eingerichtet ist.

Die Atommafia aber kann sich ins Fäustchen lachen. Sie kann unbemerkt von einer überregionalen Öffentlichkeit und nur behindert von regionalen Widerstand aus Ahaus und Teilen des Münsterlandes scheinbar die Stadt Ahaus zu einem gigantischen Atomzentrum ausbauen.

Der Widerstand der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" und anderer regionaler Organisationen geht ungebrochen weiter. Inzwischen haben ca. 600 Menschen durch ganzseitige Beiträge in der örtlichen Presse öffentlich erklärt, die Verbringung weiteren Atommülls nach Ahaus nicht mehr hinnehmen zu wollen: Sie haben für diesen Fall eine Blockade angekündigt.

Eine Fahrrad-Demo die über Ahaus, Wessum und Willen zum BEZ und anschließend zum MVA-Standort nach Legten führte mobilisierte ca. 300 Demonstranten. An der Großdemo zum 10. Tschernobyljahrestag in Ahaus nahmen ca. 3500 Atomkraftgegner teil.

Der letzte Castortransport nach Gorleben mit seinem massiven Polizeiaufgebot und seinen Kosten von fast 100 Millionen Mark, veranlaßt die Atomlobby jetzt verstärkt auf Ahaus auszuweichen.

Die derzeitige Diskussion, und die Ankündigung eines möglichen Castortransportes nach Ahaus im Herbst diesen Jahres, scheint die Menschen im Münsterland endlich wach zu rütteln.

Von Sonntagsspaziergang zu Sonntagsspaziergang sind immer mehr Teilnehmer zu verzeichnen. Beim Letzten am 20.4.97 waren es, verstärkt durch Teilnehmer aus Köln, Herford und Paderborn und einer Abordnung der Bündnisgrünen vom Parteig in Borken, ca. 500 Demonstranten. Am Maifest der BI Ahaus zeigte sich auch erstmals größerer Widerstand der örtlichen Landwirte.

An jedem 3. Sonntag im Monat findet um 14 Uhr am BEZ in Ahaus der sogenannte Sonntagsspaziergang statt.

WIDERSTAND TUT WEITER NOT

Ahaus - und die Lüge von der „sicheren“ Endlagerung!

Seit 1992 ist das sogenannte Zwischenlager (BEZ) Ahaus in Betrieb. Mittlerweile sind im Zwischenlager Ahaus 305 CASTORBehälter mit hochradioaktiven Graphitkugeln aus dem stillgelegten Atomkraftwerk in Hamm-Uentrop eingelagert. Dabei ist die Lagerung von Atommüll in Ahaus nicht sicherer als anderswo. Das BEZ ist eine einfache Lagerhalle mit Luftkühlung, die nicht einmal gegen Flugzeugabsturz gesichert ist - und das in einem Tieffluggebiet! Es gibt daher weder ein Sicherheitsargument für die Transporte nach Ahaus (oder in ein anderes Lager), noch für die Lagerung des Atommülls.

Weiter nächste Seite

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

V.i.S.d.P.

Erich Prinz Kreienkamp 8 48653 Coesfeld

Der Betrieb in Ahaus ist rein politisch motiviert und soll der Bevölkerung eine „gesicherte Entsorgung“ vorgaukeln. Zudem ist die Einlagerung von Atommüll ein Teilaspekt im Poker um den Atomkonsens zwischen CDU und SPD. PolitikerInnen beider Parteien wollen sowohl alte AKWs weiter betreiben, als auch Neue bauen. Unter anderem aus diesen Gründen soll das BEZ um eine Lagerhalle für noch mehr Atommüll erweitert werden. Dazu soll dann irgendwann eine sog. „Heiße Zelle“ kommen, mit der defekte Lagerbehälter vor Ort repariert werden könnten. (Die ja auch so sicher sind) Aber auch in der jetzigen Halle sollen noch weitere CASTOR-Behälter des „Gorleben-Typs“ eingelagert werden.

Ahaus wird damit zu einem bundesdeutschen Endlagerstandort für Atommüll. Denn alle Beteuerungen, in Ahaus würde der Atommüll „nur 40 Jahre“ eingelagert sind sinnlos, solange kein „richtiges“ Endlager für den hochbrisanten Atommüll gefunden worden ist. Nach dem Stand von Forschung und Technik ist ein solches Endlager aber weltweit noch nicht in Sicht!

Ahaus darf kein Endlager werden!

Atomlager Ahaus

Genehmigungsbehörde für die beiden Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus und Gorleben ist laut Atomgesetz das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter, eine dem Bundesumweltministeriums untergeordnete Behörde.

Das BfS hat dem von der Atomwirtschaft gebauten Lager in Ahaus eine Genehmigung für die Einlagerung von Brennelementen erteilt, die voraussichtlich im Sommer oder Herbst durch eine zweite Genehmigung ergänzt wird.

Danach dürften dann auch Brennelemente, die einen höheren Abbrand haben, sprich eine höhere Radioaktivität aufweisen, in neuen Castorbehältern in Ahaus eingelagert werden. Dabei handelt es sich um hochradioaktiven Atommüll in Castor-Typen, die zuletzt unter massivem Polizeischutz nach Gorleben gebracht worden sind. Desweiteren sieht die neue Genehmigung, an deren Erteilung nach derzeitigem Stand niemand zweifelt, eine Ausweitung der Lagerkapazitäten in Ahaus von derzeit 1500 Tonnen auf 4200 Tonnen Atommüll vor.

Damit könnte in Ahaus mehr Müll gelagert werden als in Gorleben, wo nur 3800 Tonnen verstrahltes Schwermetall Platz finden.

Staatliche Aufsichtsbehörde während des Betriebes ist laut Gesetz das Land NRW, und hier das Wirtschaftsministerium in Düsseldorf.

Das Land hat die Einhaltung der Vorschriften zu prüfen; darunter fällt die Einhaltung des Strahlenschutzes, die Beaufsichtigung der korrekten Lagerung der Behälter und eine regelmäßige Berichterstattung an den Bund. In letzter Instanz hat freilich Bonn Weisungsbefugnis gegenüber dem Land.

§ 6 des Atomgesetzes sieht desweiteren keine regionale Beschränkung der Lagerung von Atommüll vor. Eine bundesweite Einlagerung ist vorgesehen, so ein Sprecher des Bundesumweltministeriums. (kl)

Strahlendes Erbe

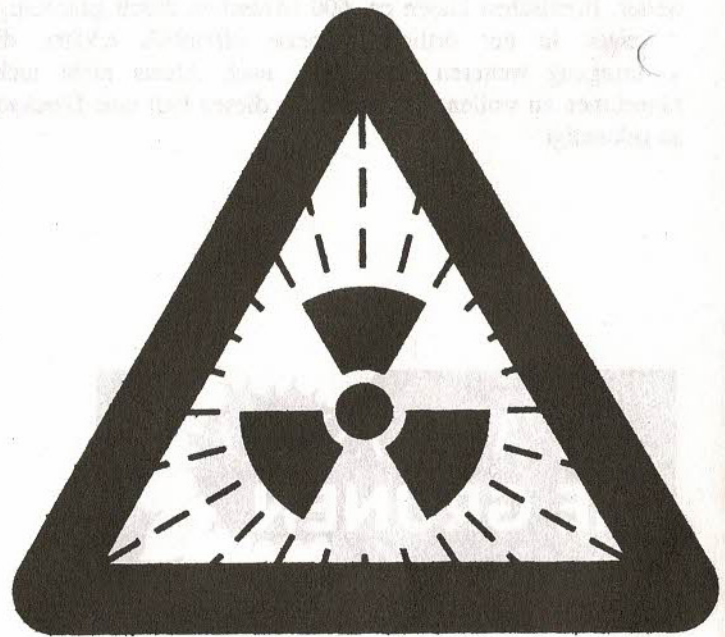
Alljährlich fallen in den 19 deutschen Atomkraftwerken 450 bis 500 Tonnen abgebrannter Brennelemente an, die entsorgt werden müssen.

Die Wiederaufarbeitung im Ausland ist keine Lösung, da dabei der radioaktive Müll, der zurückgenommen werden muß, wesentlich vergrößert wird. Bei der Wiederaufarbeitung entsteht pro Tonne Brennelement 20 kg hochgiftiges Plutonium. Außerdem können die Uranbrennelemente nur einmal wieder aufgearbeitet werden und müssen dann ebenfalls endgelagert werden.

Da bisher noch kein geeignetes Endlager in Sicht ist, fordern wir die Lagerung der abgebrannten Brennelemente in den Abklingbecken der Atomkraftwerke.

Spätestens wenn die Becken voll sind, müssen die Atomkraftwerke dann abgeschaltet werden. Dann bleiben 25 bis 30 Jahren Abkühlzeit für die abgebrannten Brennelemente.

In dieser Zeit muß für das strahlende Erbe der Menschheit ein geeignetes Endlager gefunden werden.



Tempo - 30- Zone bringt keine Entlastung

Das von der Verwaltung vorgestellte Verkehrsberuhigungskonzept Nord-West bringt für die Anwohner keine Entlastung.

Die Mehrheit der Autofahrer läßt sich nicht durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung und aufgemalte Parkbuchten beeindrucken.

Bei einer Überprüfung der Geschwindigkeit in der Tempo -30- Zone in der Seminarstraße (Heriburg-Gymnasium) hielten sich nur 0,6 % der Autofahrer an die vorgeschriebene Geschwindigkeit, während fast 30 % 60 km/h und fast 10 % 70 km/h fuhren.

Wir fordern deshalb eine Sperrung der Hohen Lucht, des Basteirings und der Wetmarstraße für den Durchgangsverkehr. Durch bauliche Maßnahmen (Busschleuse) könnten Busse, Müll- und Einsatzfahrzeuge die Straßen auch weiterhin befahren. Unser dementsprechender Antrag wurde am 27.11.1996 mit den Stimmen der CDU vom Planungsausschuß abgelehnt.

CARTOON

Grüne für Treibhaus auf Fritzen-Grund

Coesfeld. Fazit der gemeinsamen Sitzung von Grünen-Fraktion und des Grünen-Ortsverbandes zum Thema "Treibhaus-Disco" war, daß der Standort auf dem Fritzen-Gelände grundsätzlich als geeignet angesehen wird. "Klarungsbedarf besteht hinsichtlich des erhöhten Verkehrsaufkommens, welches zeifelfrei dieser Disco-Betrieb verursachen würde", heißt es in einer Pressemitteilung der Fraktion. Hier seien die Betreiber und auch die Verwaltung gefordert, eine akzeptable Lösung bezüglich der Verkehrsplanung zu erarbeiten, die dann öffentlich, politisch diskutiert werden müsse. Eine zusätzliche Nachtbushaltestelle im Bereich Bahnhof / Dülmener Straße solle mit in Planung einbezogen werden. Der stadtnahe Standort biete die Möglichkeit, Fuß- und Radwege vermehrt zu benutzen und das Auto stehen zu lassen. "Die Tendenz, Stadtentwicklung (dazu gehören auch Vergnügungsstätten) auf die grüne Wiese zu verlagern, die einerseits Innenstädte unattraktiv und leblos macht, andererseits aufgrund der entfernten Stadtrandlage erhöhtes Verkehrsaufkommen verursacht können die Grünen nicht unterstützen", heißt es auch. Auch unter dem kulturellen und sozialen Aspekt sei es keine gute Lösung, wenn Vergnügungsstätten für Jugendliche und Junggebliebene - wie in diesem Fall - an den Stadtrand gedrängt würden.



Platz für Ihre
Werbung



Biolandhof Letter Berg

Ökologischer Landbau in Coesfeld

EG-Kontrollnummer: D-NW-00D-006-1988-A

Biolandbetrieb Nr.:51595

**Wir leben grüne Politik
auf dem Lande**

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

18.05.1997 14.00 Uhr Sonntagsspaziergang am BEZ in Ahaus
Wie jeden 3.Sonntag im Monat

04.06.1997 19.30 Uhr Informationsveranstaltung zum Thema
- Euro -
Veranstaltungsort ist der Seminarraum
der Volksbank in der Kupferstraße

Jeden Dienstag 20.00 Uhr
Arbeitstreffen im Fraktionszimmer der Bündnisgrünen im
Verwaltungsgebäude in der van Galenstraße !
(Nach getaner Arbeit (ca. 22.00 Uhr) belohnen wir uns dann auch
schon mal im Cafe Central)

Anzeige

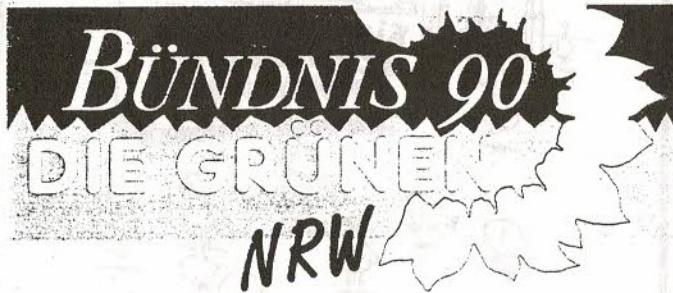
Wir suchen für einen kurdischen Mitbürger ein Zimmer oder eine kleine Wohnung
in Coesfeld. Keinen Makler, bis 450,-DM. Bitte dringend melden!

Ortsverband Coesfeld

Kreienkamp 8

Fax u. Fon 02541/981449

Stempel des Kreisverbandes



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
KV Coesfeld
Antoniusstr. 11
48249 Dülmen

Beitrittserklärung

Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name:

Vorname:

Straße/Hausnr.:

PLZ/Wohnort:

Telefon:

Beruf/Kenntn.:

geboren am, in:

Ich zahle gemäß den Bestimmungen der Beitragsordnung einen festen Monatsbeitrag von DM.

Die Beitragszahlung erfolgt monatlich/ halbjährlich/ jährlich im voraus.
Ich bin damit einverstanden, daß diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum Unterschrift

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift

(nur falls gewünscht, wird vom KV durchgeführt).

Hiermit ermächtige(n) ich/wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den
Monatsbeitrag in Höhe von DM monatlich mittels Lastschrift

einziehen zu Lasten meines Kontos Nr.
bei der (BLZ:).

Unterschrift:

wird vom Kreisverband ausgefüllt! Mitgliedsnummer:

Aufnahmedatum:

Unterschrift KV: